Eisenacher NACHRICHTEN

NR. 8 # Stadtinfo # Februar 1999

Alle Menschen sind gleich!

Gespräch zur Situation von Flüchtlingen

Gleiche Rechte für Alle?!

Bei einer Tasse Kaffee läßt sich manches vergessen. Doch zum Vergessen und Schönreden waren VertreterInnen des Arbeitskreises Antifaschismus/Antirassismus - Für internationale Solidarität und Flüchtlinge aus der Thälmannstraße nicht am vergangenen Dienstag in die Stadtverwaltung Eisenach gekommen. Zusammen mit Oberbürgermeister Hans-Peter Brodun und VertreterInnen der Stadtverwaltung erörterten sie Probleme der Flüchtlinge. Ein Meinungsaustausch - zu konkreten Handlungsansätzen kam es nicht.

"Von einem Willen, die Lage der Flüchtlinge grundlegend positiv zu verändern, kann bei der Stadtverwaltung nicht die Rede sein", stellte ein Vertreter des AK AntiFa/AntiRa fest. Diskutiert wurde darüber, dass Flüchtlinge nur nach einer Antragstellung Eisenach verlassen dürfen, sie zwangsweise in einem Heim konzentriert untergebracht werden und Wertgutscheine als Geldersatz bekommen. Der AK AntiFa/AntiRa und die anwesenden Flüchtlinge vertraten die Forderungen nach einer Ausweitung der Bewegungsfreiheit und einer konsequenten Umsetzung der Einzelunterbringung. Eine weitere Forderung war, keine Wertgutscheine als Geldersatz an AsylbewerberInnen zu verteilen, sondern die Möglichkeit zu nutzen, Leistungen in Form von Bargeld den Menschen zukommen zu lassen.

Das Beharren auf einer konzentrierten Unterbringung Asylsuchender lasse Probleme meist erst entstehen: Besuch darf nicht im Heim übernachten und die Führung einer "Anwesenheitsliste" wird als Bevormundung empfunden, Kontakte zu Eisenacher BürgerInnen werden erschwert. Eine Alternative zur bisherigen Praxis ist die Einzelunterbringung. Flüchtlinge hätten so die Möglichkeit, in Wohnungen zu leben. Seit Anfang 1998 besteht in Thüringen diese Möglichkeit. In Eisenach wohnen bisher keine AsylbewerberInnen in Wohnungen. Zwar wurde zugesichert, den Antrag auf Einzelunterbringung zweier anwesender Flüchtlinge zu prüfen, eine generelle Bevorzugung der Einzelunterbringung für Flüchtlinge wurde jedoch von der Stadt nicht bejaht, so der AK AntiFa/AntiRa weiter.

Einkaufen zu können wie jeder andere Mensch, scheint für Flüchtlinge in Eisenach noch in weiter Ferne zu sein. Die Diskussion ergab, dass die Stadtverwaltung es nicht vorsieht, von der bisherigen Praxis der Wertgutscheine abzukommen und statt dessen Bargeld zu vergeben. Gerade hier könnte die Stadt Eisenach in Thüringen ein positives Zeichen setzen. In drei Geschäfte, davon zwei Supermärkte und eine Drogerie, können Asylsuchende zur Zeit mit Wertgutscheinen einkaufen.

Dem Arbeitskreis nach gibt es Handlungsspielräume, noch würden diese nicht voll genutzt. Oft beriefen sich die VertreterInnen der Stadt auf bestehende gesetzliche Bestimmungen. So auch in puncto Freizügigkeit. Wo keine Handlungsmöglichkeiten zur Verbesserung der Situation vorhanden sind, gelte es politisch für Flüchtlinge Position zu beziehen und eine öffentliche Diskussion antirassistisch zu gestalten. ❑

Termine

Mittwoch, 10.02.99
15.30 Uhr: *Kaffeehausmusik*, Café Balance
Freitag, 12.02.99
20.00 Uhr: *Blues`n Boogie Woogie*, Café Balance
Sonntag, 14.02.99
21.00 Uhr: *The London Blues Masters*, Schorsch`I
Mittwoch 17.02.99
15.30 Uhr: *Kaffeehausmusik*, Café Balance
20.00 Uhr: *SchülerInnen lesen Exilliteratur*, Café Balance
Samstag, 20.02.99
14.00 Uhr: *Frauen und Rechtsextremismus*; Weiterbildungsveranstaltung im Jakobssaal, Am Jakobskirchhof 9, Weimar, Info: 03643-515468
Freitag, 26.02.99
20.00 Uhr: *American Folk & Blues*, Café Balance
Sonntag, 28.02.99
21.00 Uhr: *Them* (Rock/Blues), Schorsch`I
Donnerstag, 04.03.99
19.00 Uhr: *Der kurdische Befreiungskampf*; Infoveranstaltung zur Situation in Kurdistan; Café "Uferlos", ESA

Donnerstag, 18.02.99
19.00 Uhr: *Roj Bas Kurdistan*; Infoveranstaltung und Film zum zur Situation in Kurdistan; Café "Uferlos", ESA
21.00 Uhr: *Mezz* (Rock aus Boston), Schorsch`I
Samstag, 20.02.99
21.00 Uhr: *Association Urbanedique* (Chanson), Schorsch`I
Mittwoch, 24.02.99
15.30 Uhr: *Kaffeehausmusik*, Café Balance
20.00 Uhr: *SchülerInnen lesen Exilliteratur*, Café Balance
Samstag, 20.02.99
14.00 Uhr: *Frauen und Rechtsextremismus*; Weiterbildungsveranstaltung im Jakobssaal, Am Jakobskirchhof 9, Weimar, Info: 03643-515468

Antifaschistischer Mahngang

Mit einem antifaschistischen Mahngang gedachten am 30. Januar in Weimar 250 AntifaschistInnen der Machtübernahme vor 66 Jahren durch die NSDAP. Vom Hauptbahnhof (hier wurden Menschen, mit zumeist jüdischen Glauben nach Buchenwald getrieben) ging die Demonstration durch die Stadt, vorbei an ehemaligen NS-Verwaltungsgebäuden und endete auf dem Theaterplatz.
In Redebeiträgen wurde die besondere Verantwortung im Umgang mit der Geschichte hervorgehoben und die bestehende Politik reflektiert. In diesem Zusammenhang sprachen sich RednerInnen gegen die Unterschriftenaktion von CDU/CSU aus. Aktives antirassistisches und antifaschistisches Handeln wurde eingefordert. ❑

NPD-Bundesparteitag

Vom 23.-24.1.99 veranstaltete die rechtsextreme NPD ihren Bundesparteitag in Mulda (bei Freiberg).

Am Samstag, den 23.1.99, demonstrierten in Mulda ca. 700 Menschen unter dem Motto "Kein Frieden mit Nazis" gegen den Bundesparteitag. Im Verlauf der Demonstration kam es zu willkürlichen angriffen der Polizei auf die TeilnehmerInnen Ein Antifaschist wurde verletzt und ca. 12 AntifaschistInnen festgenommen.

In Erwartung möglicher Zusammenstöße hatte sich die Polizei zu einem Groß-Einsatz gerüstet und den kleinen Ort (ca. 3200 Einwohner) weiträumig abgeriegelt, so das jeder der in das Dorf wollte sich mehreren Kontrollen zu unterziehen hatte. Die Demo konnte auf Grund der starken Kontrollen erst zwei Stunden später beginnen.

Am zweitägigen NPD-Parteitag nahmen nach Angaben der NPD ca. 220 Delegierte und 150 Gäste teil. Die NPD verabschiedete ihre Bundesliste zur Europawahl und das Wahlprogramm.

Im Vorfeld des Parteitages kam es zu einigen "Problemen". In der Nacht zum Donnerstag vor dem Wochenende hatten Unbekannte einen Brandsatz in die Halle geworfen und sie so unbrauchbar gemacht (rund 50 Quadratmeter Fußbodenbelag, die Fußbodenheizung, 30 Quadratmeter der Innenbekleidung, Fenster und elektrische Anlagen waren beschädigt). Ein Gutachter bestätigte, dass die Halle nach notdürftig durchgeführter Reparatur nutzbar sei. Der Bürgermeister Mulda´s veranlaßte daraufhin alles, die Halle instand setzen zu lassen um so den Parteitag zu ermöglichen. Er war in öffentliche Kritik geraden, da er die Halle der NPD zur Verfügung gestellt hatte.

Von gewerkschaftlicher Seite wurde im Nachhinein ein Verbot der NPD gefordert. ❑

Impressum: Eisenacher Nachrichten, c/o Briefkasten des DGB, Grimmelsgasse 2b, 99817 Eisenach; Artikel entsprechen nicht unbedingt der Meinung der Redaktion.

Burschenschaften und Rechtsextremismus - Teil III

Wie schon in der vorigen EN hier nun der dritte Teil des Vortrages "Burschenschaften und Rechtextremismus":

Die Streitigkeiten zwischen "Deutscher Burschenschaft" und NS-Organisationen, insbesondere dem "Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund", die es natürlich gab, waren nicht auf inhaltliche Differenzen zurückzuführen, sondern auf die Durchsetzung eines neuen, von der NSDAP organisatorisch kontrollierbaren Herrschaftsmodells. Die absolute Gleichschaltung widersprach den Vorstellungen einiger Burschenschaften, die sich in das Verbandsleben nicht hineinregieren lassen wollten. Die übergroße Mehrheit stützte jedoch aktiv das Herrschaftssystem des Nationalismus; Widerstand, den Einzelne geleistet haben war deshalb auch zugleich Widerstand gegen den eigenen Verband und dessen politische Praxis.

Die offenkundige Verstrickung - nicht nur der Burschenschaften - mit dem NS-Regime hatte folgerichtig nach ´45 in allen Besatzungszonen zunächst ein Verbot korporativer Betätigung zur Folge, das allerdings in der Regel von den Alten Herren umgangen wurde, so dass sich letztendlich Ende der 40er, Anfang der 50er Jahre alle Dachverbände und damit auch die "Deutsche Burschenschaft" nur konstituieren konnten - zumindest in den westlichen Besatzungszonen.

Betrachtet man sich nun die Organisationen und Gruppierungen an den Universitäten, in denen rechtsextremistische und rassistische Positionen vertreten werden, so fällt auf, dass sich hier immer wieder Studenten insbesondere aus den Reihen der "Deutschen Burschenschaft" betätigt haben. So sammelte beispielsweise die Burschenschaft Germania Halle zu Mainz 1977 Unterschriften für die Freilassung von Rudolf Hess, Burschenschafter waren beteiligt bei der Gründung des rechtsextremen "Rings Freiheitlicher Studenten" in Köln und des "Republikanischen Hochschulverbands" (erster Versuch 1989 in München, zweiter 1996 in Marburg), beides Studierendenorganisationen der Republikaner. Die Burschenschaft "Germania Hamburg" stellte ihr Haus schon des öfteren rechtsextremen Gruppen, z.B. der mittlerweile verbotenen neofaschistischen FAP, als Veranstaltungsort zur Verfügung. Außerdem veranstaltet die "Germania", die in ihrem Semesterprogramm den 3. Oktober als "Tag der kleinstdeutschen Einheit" bezeichnet, in ihrem Haus ideologische Schulungen, zu denen unter anderem der Auschwitz-Leugner David Irving eingeladen war. Der Vorsitzende der "Republikaner", Rolf Schlierer ist genauso Mitglied der "Deutschen Burschenschaft" wie Jörg Haider, Vorsitzender der österreichischen FPÖ. Eine Auflistung aller bisher bekannter "Einzelfälle", die ich mir jetzt erspare, wäre an und für sich schon ein Hinweis auf das Erstarken der extremen Rechten innerhalb des Verbandes und zwar spätestens seit den 80er Jahren. Diese Tendenz zeigt sich jedoch auch in der Programmatik des Gesamtverbandes, was in meinen Augen das Entscheidendere ist. Zum Beispiel wurde im aktuellen Handbuch der "Deutschen Burschenschaft", das Kapitel über die "Grundbegriffe burschenschaftlicher Politik" (Demokratie gehört im übrigen nicht zu diesen Grundbegriffen) von zwei Repräsentanten der "Burschenschaftlichen Gemeinschaft" geschrieben. Die "Burschenschaftliche Gemeinschaft" ist in diesem Zusammenhang das wichtigste Kartell innerhalb der "Deutschen Burschenschaft". Sie hat eine zentrale Rolle in politisch-ideologischen Fragen, die den Gesamtverband betreffen. Gegründet wurde sie 1961 aus Enttäuschung über die Ablehnung einer Fusion von deutschen und österreichischen Burschenschaften und bestimmt seit ca. 10 Jahren die Diskussionen und Themen innerhalb des Gesamtverbandes entscheidend. Ein wichtiges Ziel der BG war die verbandsinterne Verankerung des "volkstumbezogenen Vaterlandsbegriffes", um u.a. die Einbeziehung österreichischer Burschenschaften in die DB ideologisch zu legitimieren, was ihr 1971 gelang. Seitdem ist dieser Grundlage des burschenschaftlichen Politikverständnisses. "Volk" definiert sich nach dem aktuellen Handbuch der DB als

Tja, das kannst du dann wohl erst in der nächsten Ausgabe erfahren.

Für eine unabhängige politische Bewegung!

Politik gegen die Herrschenden und keine Anbiederung an diese war der Kontext, in dem der Arbeitskreis Antifaschismus/Antirassismus - Für internationale Solidarität und das DGB-Ortskartell Eisenach zwei Veranstaltungen zur Agenda21 und radikalen Ökologiestrategien durchführte. Als Gesprächspartner stellte Jörg Bergstedt vom Fachbereich "Ökologie und Wirtschaft" des Institutes für Ökologie aus Gießen und Autor des Buches "Agenda, Expo, Sponsoring - Recherchen im Naturschutzfilz" Anforderungen an eine unabhängige politische Bewegung auf. Da auch in Eisenach ein Agenda-Büro existiert, ist es im besonderen notwendig, sich mit dessen struktureller als auch inhaltlicher Arbeit kritisch auseinander zu setzen.

Was ist die Agenda 21?

Die Agenda 21 ist ein Dokument der Herrschenden, verabschiedet von den RegierungschefInnen der Welt in Rio de Janeiro 1992. In hier wird neben dem Ausbau der Atomtechnik eine Weiterentwicklung der Gentechnik und eine Stärkung der Privatunternehmen, bis hin zur Gleichberechtigung mit politischen Gremien, gefordert. Rechte wirtschaftlicher Verbände werden gestärkt, während BürgerInnen und unabhängigen Gruppen nur unverbindliche Mitbestimmungsrechte eingeräumt werden. Erarbeitete Forderungen, die aus der Agendaarbeit hervorgehen, bleiben so ohne rechtliche Durchsetzungskraft. Auf der anderen Seite werden Fakten geschaffen: Verfahrensbeschleunigungen, Erhaltung der Atomwirtschaft, internationale Abkommen zum Schutz der Großkonzerne (MAI). So ist die Agenda ein Werkzeug der Mächtigen auf Landes- und Bundesebene. Wer den Namen populär macht, nützt denen, die mit der Expo 2000, dem MAI, Müllverbrennungsanlagen usw. ganz andere Akzente setzen. Gelder, Personal und Zeit werden in einen Agenda-Umweltschutz investiert, ohne sichtbare Ergebnisse zu erreichen, geschweige denn eine gerechtere Welt. Die runden Tische der Agenda werden in der Öffentlichkeit, bei der Mittelvergabe und Informationsweitergabe gegenüber unabhängigen Arbeitsformen bevorzugt behandelt. Ausgrenzung und Spaltung ist die Folge: Firmen, staatliche Stellen und bestimmte Organisationen kungeln zusammen, unabhängige Initiativen werden ausgegrenzt.

Der Zwang zum Konsens

Die Agenda schafft einen Zwang zum Konsens mit denen, die verantwortlich sind für die Zerstörung der Umwelt und die Ausbeutung vieler Menschen (Industrie und Staat). Konsenszwang dort, wo gegenteilige Interessen vorliegen, schafft Handlungsunfähigkeit. Wirksame Arbeitsbedingungen können so nicht entwickelt werden.

Kein Angriff auf Herrschaftsstrukturen

Der von der Agenda formulierte Begriff der Nachhaltigkeit klammert die Fragen der Herrschaftsstrukturen, Unterdrückung, Gleichberechtigung und der wirtschaftlichen Monopolbildung aus und reduziert wirtschaftliche Forderungen auf die Produktionsmethoden und den Ressourcenverbrauch. Die Folge wäre eine optimierte Produktion vor allem bei den Großkonzernen ohne sonstige gesellschaftliche Verbesserungen.

Eine unabhängige Bewegung schaffen!

Um dem Kampf für den Schutz der Umwelt und für eine gerechte Welt wieder Nachdruck zu verleihen, ist es wichtig, dass gesellschaftliche Bewegungen wieder aktionsfähig und durchsetzungsstark werden.

Anforderungen:

Die notwendige Kooperation zwischen sozialpolitischen, internationalistischen und Umweltgruppen muß selbstbestimmt erfolgen. Sie muß gestärkt werden und darf nicht von staatlichen Stellen abhängig sein.

Gegen die Agenda 21!

Politische Gruppen müssen klare politische Positionen entwickeln und gegenüber den Mächtigen einbringen. Dazu ist eine bessere Zusammenarbeit der Gruppen nötig, die für gesamtgesellschaftliche Änderungen im Sinne einer herrschaftsfreien und ökologischen Welt eintreten.

Klare Positionen und Forderungen müssen immerwährende Kompromißbereitschaft ersetzen.

Politische Gruppen müssen den Ausbau echter Beteiligungsrechte (direkte Demokratie, Akteneinsicht, Dezentralisierung politischer Entscheidungen) fordern und sich selbst zu InitiatorInnen solcher Prozesse machen, vor allem da, wo sie selbst privilegiert werden (z.B. als anerkannter Naturschutzverband, Partei, Gremien).

Der Monopolisierung und Globalisierung muß die Forderung nach einer Ökonomie von unten entgegengesetzt werden. Politisch bedeutet das die Abschaffung jeglicher Förderung überregionaler Konzernstrukturen sowie Bevorzugung selbstverwalteter Betriebe. Politische Gruppen sollten Kollektive als PartnerInnen bevorzugen.

Kein Fuß breit den BefürworterInnen der Atom- und Gentechnik, von Herrschaft und Ausbeutung!

Lobbyarbeit und Dialog (runde Tische usw.) sind nur sinnvoll, wenn in den Verhandlungen ein Druckpotential besteht. Dieses kann nur in öffentlicher Aktionsfähigkeit bestehen (Boykott, direkte Aktion, Widerstand, Öffentlichkeitsarbeit). Sie wiederzuerlangen, muß primäres Ziel aller politischen Gruppen sein, denn von ihr hängt alles ab. ❑

BÜNDNIS GEGEN RECHTS, EISENACH

Zu seinem nächsten Treffen am 1.März `99 lädt das Bündnis gegen Rechts, Eisenach alle InteressentInnen um 19.30 Uhr in das IG-MetallGebäude (Rennbahn 5, Eisenach) ein.

Den Wahlkampf für die diesjährigen Kommunal-, Landtags- und Europawahlen in Thüringen werden so einige Parteien zum Anlaß nehmen, mit rassistischen und nationalistischen Parolen auf WählerInnenstimmenfang zu gehen. Nicht nur Parteien rechts von der "Mitte" werden dies propagieren. Zumindest wurde das schon des öfteren deutlich und weite Teile der Bevölkerung werden auf rassistische Sprüche hören, wie die letztjährigen Landtagswahlen vor allem in Sachsen- Anhalt und die Bundestagswahlen, sowie auch die momentanen Aktionen der CDU/CSU gegen die Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft, zeig(t)en.

Um auf eventuell rechte Aktivitäten vorbereitet zu sein und sofort reagieren zu können, dem rechten Vormarsch Einhalt zu gebieten, sowie die Wahlen möglichst menschlich (will heißen, antirassistisch) zu beeinflussen, rief der Arbeitskreis Antifaschismus/ Antirassismus brieflich alle potentiell interessierten Parteien und Verbände im Raum Eisenach auf, zusammen das Bündnis gegen Rechts wieder aufleben zu lassen.
Dieser Aufruf fand keine sonderlich große Resonanz: zum ersten Treffen kamen VertreterInnen des Arbeitskreises, den Freidenkern, des TUZ e.V., der PDS, des DGB-Ortskartell Eisenach sowie Privatpersonen.
Dennoch wurde mit der Arbeit an Grundsätzen und Konzept begonnen. Nach dem Grundsatz" Alle Menschen sind gleich, gleiches Recht für alle Menschen! " sollen Aktionen stattfinden und Öffentlichkeitsarbeit geleistet werden. Dort, wo Ausgrenzung durch weiteren Demokratieabbau und Aktivitäten entgegen der Friedenserhaltung geschieht, soll auf möglichst breiter Ebene eingegriffen werden. Damit Aktivitäten wirklich durchgesetzt werden können, ist es jedoch notwendig, ein Bündnis aller Menschen zu schaffen, welche antisexistisch, antirassistisch, antifaschistisch aber auch durch kindgerechte und natur- und umweltgerechte Positionen der momentanen politischen Entwicklung Alternativen entgegensetzen wollen. ❑

Roj Bas Kurdistan
(Guten Tag Kurdistan)

Der Arbeitskreis Antifaschismus/Antirassismus - Für internationale Solidarität und das DGB-Ortskartell Eisenach führen am **18. Februar** 1999 um **19.00 Uhr** im **Café "Uferlos"** (Thüringisches Umweltzentrum, Uferstraße 1, Eisenach) eine Veranstaltung zur Situation in Kurdistan durch.

Anhand eines aktuellen Films mit dem Titel "Roj Bas Kurdistan" soll auf die Situation im türkischen Teil Kurdistans aufmerksam gemacht werden. Es werden die historischen und aktuellen Hintergründe des Konflikts in Kurdistan aufgezeigt und die derzeitige Situation des Krieges, der Unterdrückung des kurdischen Volkes und der Menschenrechtsverletzungen in der Türkei dargestellt.

Der kurdische Befreiungskampf

Eine weitere Veranstaltung, diesmal zum kurdischen Befreiungskampf, führt der Arbeitskreis Antifaschismus/Antirassismus - Für internationale Solidarität und das DGB-Ortskartell Eisenach am **4. März** 1999 um **19.00 Uhr** im **Café "Uferlos"** (Thüringisches Umweltzentrum, Uferstraße 1, Eisenach) durch.

Es werden die historischen und aktuellen Hintergründe des Konflikts in Kurdistan, die derzeitige Situation des Krieges gegen das kurdische Volk, die Unterdrückung der KurdInnen und die Menschenrechtsverletzungen in der Türkei aufgezeigt. Auf Grund der jahrhundertelangen Unterdrückung werden die verschiedene historischen Phasen der sich wehrenden und Widerstand leistenden KurdInnen in einem kurzen Abriss und Möglichkeiten für eine Befreiung dargelegt. Desweiteren wird über die Situation von kurdischen Flüchtlingen und der Widerspiegelung der kurdischen Befreiungsbewegung in der BRD zu reden sein.

Frauen und Rechtsextremismus

In welchem Umfang, mit welchen Aktivitäten und aufgrund welcher Motivationen betätigen sich Frauen in der rechtsextremen Szene?

Samstag, den 20. Februar 1999
14 bis 18 Uhr, Weimar, Im Jakobssaal, Am Jakobskirchhof 9

Einen Überblick über politische und soziologische Einschätzungen zu diesen Fragen und einige Aktivistinnen wird eine Referentin geben. Ein besonderes Augenmerk soll daneben auf die Vielfalt an Positionen rechter Frauen zu Aspekten des Verhältnisses der Geschlechter gerichtet werden, die auch für eine linke und feministische Debatte Herausforderungen beinhaltet. **Info´s: 03643-515468**

GESTUTZT

Gestutzt die Wurzeln

eines Baumes

Stirn bietend als Teil

des Lebenstraumes

Gestutzt seine Äste

und auch der Wind

Obwohl alte Träume

nicht verflogen sind.

Doch nicht stutzbar

Streben und Ziel

des Baumes

der weiter gedeihen will.

Wieder groß werden

und stark

und voller Kraft

weil er nur so

sein Ziel auch schafft.